

## Johannes Agnolis

### Parlamentarismuskritik

Der Essay *Die Transformation der Demokratie* des aus Italien kommenden Politikwissenschaftlers Johannes Agnoli spielte in der Radikalisierung der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik nach 1968 eine zentrale Rolle. Agnoli zeigt darin auf, wie das parlamentarische System in konkreten historischen Situationen zu Mitteln der autoritären Bewältigung des sozialen Konflikts greift. Diesen Prozess nennt Agnoli »Involution«. In seiner Schrift, die erstmalig 1967 im Berliner Voltaire Verlag zusammen mit Peter Brückners Essay *Die Transformation des demokratischen Bewußtseins* erschien, weitete er die antiautoritäre Kritik auf den liberalen Verfassungsstaat aus.

Agnoli lehrte seit 1964 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und orientierte sich in seiner Parlamentarismuskritik an Marx und frühere sozialistische, beispielsweise syndikalistische Demokratievorstellungen. In einem Artikel des *Spiegel* aus dem Jahre 1970 wird über Agnoli kolportiert:

»Marxisten wie der aus den italienischen Dolomiten zugewanderte Assistent Johannes Agnoli, 45, halten Vorlesungen, >um Studenten auf Prüfungen vorzubereiten<; >um zu zeigen, wie man proletarisch die Theorie verwendet<; um >Studenten, die noch keine Genossen sind, sich sozusagen im Urzustand befinden, zu Genossen zu machen<.<

Vor allem machte Agnoli, der mit 17 selbst glühender Faschist war und sich sogar nach dem Abitur freiwillig zur Waffen-SS

meldete, die jungen Studenten mit Analysen des Faschismus vertraut, wobei er die funktionale Ähnlichkeit »zwischen dem repressiven Charakter des liberalen und neoliberalen und den terroristischen Methoden des faschistischen Staates« betonte, wie in seinen Aufsätzen »Zur Faschismusdiskussion«, die zuerst 1968 in der *Berliner Zeitschrift für Politologie* publiziert wurde. Darin hält er an einem allgemeinen, keineswegs bloß auf Italien bezogenen Faschismusbegriff fest und verwirft das konkurrierende Totalitarismusmodell. Die Gefahr komme aus der Mitte der Gesellschaft und von oben, vom bürgerlichen Staat, der durchaus auch »faschistische Modelle« übernehmen kann, »um den politischen Folgen einer wirtschaftlichen Krise präventiv zu begegnen«. Vulgär war dies nicht gemeint, so kritisierte Agnoli die 68 verbreitete Formel »Kapitalismus führt zum Faschismus«, weil damit aus einem »dialektischen Vorgang« ein »unverständlicher und unbegründbarer Willensakt« gemacht werde. Agnoli definiert das Strukturprinzip unterschiedlich ausgeformter kapitalistischer Staaten, seien sie rechtsstaatlich verfasst oder nicht, über den Begriff des Antagonismus. Um diesen zu moderieren und die Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten, muss der Staat stets eine politische Beteiligung der Massen ausschließen.

»Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft (...) kann nie bestehen in der Beteiligung der Massen an der öffentlichen Ausübung von Herrschaft und ihrem zunehmenden Genuß der Freiheit, d. i. im allmählichen Abbau von Herrschaft.«

Auch die Ausweitung des Wahlrechts garantiere keine fundamentale gesellschaftliche Veränderung. Sollte sich das allgemeine Wahlrecht historisch als Eigenschaft des bürgerlichen Staates durchsetzen, so zeige dies lediglich »seine relative, auf besondere Bedingungen zurückführbare Belanglosigkeit«. Denn dergestalt ist das allgemeine Wahlrecht Zeichen für

eine umfassende Integrationsfähigkeit des ganzen Systems. Zur Aufrechterhaltung der auf Eigentum und Ausbeutung begründeten Gesellschaft benötige es nur in besonderen historischen Phasen Gewalt und Terror:

»Das Kapital braucht nicht immer den Faschismus. Aber der Zusammenhang zwischen dem repressiven Charakter des liberalen und neoliberalen Staates und den terroristischen Methoden des faschistischen Staates darf nicht übersehen werden. Der liberale Staat beruht auf dem Gleichgewicht von Gewalt und Konsens (...) Wenn die Massen die Freiheit nicht wollen, braucht die Gewalt nicht angewandt zu werden. Aber sie bleibt aktuell.«

Agnolis Interesse zielte auf die Etablierung einer Opposition, die den Antagonismus wieder ins Gedächtnis ruft und die Integrationsmöglichkeiten des Staates subversiv unterläuft und blockiert. Schließlich verdeckt der Staat den Antagonismus und verpflichtet die ihm unterworfenen Subalternen zu Staatsbürgerbewusstsein, das das Klassenbewusstsein ersetzt. Agnoli warnte früh vor einer »Parlamentarisierung der Linken«, denn nur Fundamentalopposition sei daran interessiert, politische und gesellschaftliche Missstände schonungslos aufzudecken. In der Regierungsopposition und auf Wahlverfahren verwiesen bewege sich eine Opposition bereits innerhalb der »Spielregeln eines oligarchischen Regens«, womit ihnen die Zustimmung der Herrschenden gewiss sei. Ein von unten kommender gemeinsamer Wille und »consensus« zur Revolution durch die Massen müsse sich so einem konservativen und allgemeinen »consensus« beugen. Die verfahrenstechnischen Spielregeln der repräsentativen Demokratie, die Vorherrschaft ihres liberalen Freiheitsbegriffs, der immer das Eigentum der wenigen schützt, sowie die Dominanz der nationalen Interessen – dies alles »hebt die Offenheit der Gesellschaft wieder auf und kriminalisiert die mögliche Zustimmung der Massen zu einer konkreten Emanzipation, zu einer Ausweitung der Demokratie, zu ei-

ner Veränderung auch der Wertmaßstäbe und macht daraus einen Anschlag gegen Demokratie und Freiheit. « Und gegen Ende der Streitschrift *Die Transformation der Demokratie* schreibt Agnoli: »Erst die Unkontrollierbarkeit des Bruchs und des Protests könnte eine Bresche in die Geschlossenheit des consensus schlagen.«

Die Unterstellung des sozialdemokratischen Historikers Heinrich August Winkler aus den siebziger Jahren, Agnoli spreche einer dem Faschismus ähnlichen Gewalt das Wort, trifft nicht zu, schließlich betonte Agnoli, er wolle einen Beitrag liefern, um »die friedliche Transformationstendenz zur modernisierten Unterordnung hin zu unterbrechen und einen friedlichen Revolutionsprozeß einzuleiten«. Auch betonte Agnoli in der Tradition von Kant, dass mit der Festigung des internationalen Friedens die Chance auf konkrete Befreiung wachse. Vor dem Hintergrund der rechtlich wie gewaltförmig abgesicherten Ausbeutungsordnung müsse aber klar sein, dass weder »Brot und Spiele noch Wahlzettel, sondern die Gewalt im Laufe der bisherigen Geschichte soziale Kräfte der Manipulation entzogen und Freiheit verwirklicht« haben.<sup>14</sup>

Nicht nur Brot, Spiele und Wahlzettel kritisierte Agnoli, sondern er konstatierte im Kern die Ausweitung des Sozialdemokratismus in allen Sektoren der Gesellschaft als präventive Konterrevolution und Versuch, den sozialen Antagonismus abzumindern, um alles in handhabbare kanalisierbare Interessen(politik) zu verwandeln. Ist damit in Zeiten des den Sozialstaat rückbauenden neoliberalen Überwachungsstaats Agnolis Theorie anachronistisch geworden? Schließlich trat ab den späten 70ern der Kapitalismus in

14 Vgl.: Johannes Agnoli (mit Peter Brückner), *Die Transformation der Demokratie*, Berlin 1967, Heinrich August Winkler, *Revolution, Staat, Faschismus*, Göttingen 1978

eine andere Phase ein und zog mittels Privatisierung die unproduktiven Kosten ab. Agnoli hat seine Theorie selbst als historisch begreifen können. So fragt er 1986 in seinen Nachbetrachtungen »Zwanzig Jahre danach«: »Was hat sich geändert, daß die ganze Theorie der *Transformation der Demokratie* als obsolet zu betrachten wäre?«, und geht von einer »Tendenzwende« aus:

»>Weniger Staat, mehr Markt« – es klingt beinahe wie die Erfüllung eines anarchistischen Blütentraums. Es bedeutet in Wirklichkeit genau das Gegenteil. Offensichtlich hatte sich der sozial genannte Staat, wenn auch nur geringfügig, von seinem Zweck entfernt, Garant der Reproduktion einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft zu sein. Das heißt: Von Entfernung kann gar keine Rede sein. Er hatte in löblicher Weise versucht ... die in den 60er Jahren in ganz (West-) Europa aus den Fugen geratene Gesellschaft durch eine Erhöhung der Integrationskosten (Lohnpolitik, Bildungsurlaub, Stipendienvergabe, Betriebsverfassung) wieder fügsam zu machen – ökonomisch unvermeidlicherweise auf Kosten der Akkumulationsrate und der unternehmerischen Verfügungsgewalt ...«

Und mit »mehr Markt« besinne sich nun die politische Klasse auf das eigene Geschäft, »für die Identität von bonum comune und Gewinnspanne zuständig zu sein und nicht für die Identifikation des bonum comune mit der salus populi«. Doch die Lohnabhängigen Westeuropas hatten sich – vermittelt über ihre Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien – am Gemeinwohl und nationalen Interesse orientiert. Zu einer autonomen Klassenaktion, die Agnoli sich herbeiwünschte, reichte es nur in Ausnahmesituationen.